

40. Ostermarsch Würzburg - Samstag, 08. April 2023

2023 nahmen am Würzburger Ostermarsch mehr als 250 Menschen teil, 2022 waren es 200. Viele Mitglieder aus attac Würzburg und der DFG-VK WÜ/SW waren vor Ort (mj)



40. OSTERMARSCH WÜRZBURG
8. APRIL 2023
11 UHR
HAUPTBAHNHOF
WÜRZBURG



**SO GEHT FRIEDEN -
DIPLOMATIE STATT WAFFEN!**



ABSCHLUSSKUNDGEBUNG
UNTERER MARKT 11:45 UHR



MUSIKALISCHES RAHMENPROGRAMM
BROKEN SILENCE

REDEBEITRÄGE VON
ÖKOPAX - PAX CHRISTI WÜ
DFG-VK WÜ - FLORAKREIS - U.A.

VERANSTALTERIN IST DIE OSTERMARSCHINITIATIVE WÜRZBURG MIT
ÖKOPAX, PAX CHRISTI WÜ, DFG-VK WÜ/SW, ATTAC WÜ, FLORAKREIS, DGB WÜ
UND UNTERSTÜTZER*INNEN

DIE VERANSTALTER LEHNEN DIE TEILNAHME VON GRUPPEN MIT RECHTEN UND NATIONALISTISCHEN POSITIONEN
AB. NATIONAL- UND PARTEIFAHNEN, PLAKATE, SLOGANS ODER SYMBOLE SIND NICHT ERWÜNSCHT.

V.i.S.d.P.: Martina Jäger - Bergstr. 48 - 97076 Würzburg



Inhalt:

- **Kurzinformation über die Ostermarschinitiative Würzburg**
- **Aufruf Ostermarschinitiative Würzburg**
- **Redebeiträge (DFG-VK Wü und Attac Wü)**
- **Verlinkungen zu weiteren Redebeiträgen (Stand 14.04.2023)**
- **Pressebericht der Main-Post**

Kurzinformation über die Ostermarschinitiative Würzburg

Infomaterial von DFG-VK Bayern und ATTAC (BAG GuK und Sand im Getriebe Nr 50) wurden verteilt.

DFG-VK Bayern und Attac bundesweite AG Globalisierung und Krieg (BAG GuK) riefen zum Ostermarsch auf.

Ökopax initiierte vor 40 Jahren des Ostermarsch in Würzburg. Schon seit sehr vielen Jahren besteht in Würzburg eine Ostermarschinitiative, Hauptakteure sind Ökopax, paxchristi Wü, DFG-VK Wü und SW, attac Wü, Florakreis und DGB Wü. Zeitweise sind weitere Initiativen mit im Organisationsteam. Wir sind gegen die Teilnahme von Gruppen mit rassistischen, diskriminierenden, menschenverachtenden und nationalistisch-völkischen Positionen. National- und Parteifahnen waren nie erwünscht. Dieses Konzept haben wir schon seit Jahren, um u.a. die pazifistische und antimilitaristische Außenwirkung in den Fokus des Ostermarsches zu stellen.

Internetauftritt: www.facebook.com/ostermarschwuerzburg

Der Aufruf der Ostermarschinitiative Würzburg

Ostermarschinitiative Würzburg: Ökopax – pax christi wü – DFG-VK Wü und SW – ATTAC Wü kreis - DGB Wü
<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2023/aufrufe/w%C3%BCrzburg>

Die Vision einer europäischen Friedensordnung liegt spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem Krieg zuvor in der Ostukraine in Trümmern.

Zehntausende Tote, Hunderttausende Verletzte und Millionen Geflüchtete bisher und jeder weitere Kriegstag verursacht Leid und Verwüstung und erhöht die Gefahr der Eskalation des Kriegs bis zum weltweiten Atomkrieg.

Viele Deutsche wünschen sich laut einer aktuellen Umfrage, dass die Ukraine und Russland Frieden schließen. Die Regierung und viele der etablierten Medien setzen jedoch weiterhin auf Waffenlieferung mit der Option: mehr und modernere Waffen.

Wir begrüßen alle Initiativen, die Wege zu einer Beendigung der Kampfhandlungen ausloten und Friedensverhandlungen auf Basis der UN-Menschenrechtscharta und des Völkerrechts aufnehmen.

Als Reaktion auf den Ukraine-Krieg wurde der „übliche“ jährliche

Militäretat bereits von knapp 50 Milliarden € um das „Sondervermögen“ von 100 Mrd. € aufgestockt. Doch schon mehren sich die Stimmen, die noch mehr fordern. Dabei übersteigen die Rüstungsausgaben aller 30 Nato-Staaten die russischen schon heute um fast das Zwanzigfache.

Diese massive Aufrüstung muss ein Ende finden. Klimakrise, soziale Sicherungssysteme, Versorgung, Bekämpfung von Hunger und Armut erfordern vorrangig unseren finanziellen Einsatz. Weltweit bestehen weitere ungelöste Konflikte (z.B. Somalia, Mali, Jemen, Syrien, Afghanistan).

Wir stehen auf der Seite derer, die die Logik des Krieges durchbrechen wollen, z.B durch zivilen Widerstand, gewaltfreie Aktionen, Desertion und Kriegsdienstverweigerung.

Alle Menschen, die sich dem Krieg entziehen möchten, müssen Schutz durch humanitäre Visa und Asyl finden.

- **Waffenstillstand und Verhandlungen statt Waffenlieferungen**
- **Humanitäre Hilfe, Schutz und Asyl für die Menschen aus Kriegsgebieten**
- **Für wirksame und zielgerichtete Sanktionen – nicht zu Lasten der Bevölkerung in Ost und West**
- **Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland und die Beendigung der nuklearen Teilhabe**
- **Kriegs- und Fluchtursachen beseitigen**
- **Für Frieden, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit**
- **Gegen die Kriegs- und Rüstungspropaganda in den Medien**

Diplomatie statt Waffenlieferungen – Verhältnismäßigkeitserwägungen – Sanktionen Multipolare Weltwirtschaftsordnung

Link: [Redebeitrag von Martina Jäger](#)

Die Vision einer europäischen Friedensordnung liegt spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem Krieg zuvor in der Ostukraine in Trümmern. Zehntausende Tote, Hunderttausende Verletzte und Millionen Geflüchtete bisher und jeder weitere Kriegstag verursacht Leid und Verwüstung und erhöht die Gefahr der Eskalation des Kriegs bis zum weltweiten Atomkrieg. Wir stehen auf der Seite derer, die die Logik des Krieges durchbrechen wollen, z.B. durch Abrüstung, zivilen Widerstand, gewaltfreie Aktionen, Desertion und Kriegsdienstverweigerung. Menschen auf Flucht muss geholfen werden.

Verhandeln statt Waffen liefern:

•Realpolitisch gesehen, sind Vorbedingungen zu knüpfen an Waffenstillstands- und Friedens-Verhandlungen, nicht zielführend. Ziel muss es sein, Kriegsparteien überhaupt erst einmal an einem Tisch zu bekommen, was nicht einfach sein wird. Frieden kann nur mit Russland und der Ukraine geschaffen werden. Verhandeln bedeutet nicht, die Kapitulation einer Seite zu fordern. Kompromisse auf beiden Seiten wird es geben, auch was umkämpfte Gebiete angeht. Die bellizistische Position deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und Medienpropaganda werden keinen Frieden stiften. Der Kanzler verhält sich zögerlich. Petitionen und Aufrufe erinnern ihn daran, dass es seine Pflicht ist, den Frieden zu wahren und sich für Verhandlungen und Völkerverständigung einzusetzen.

•**Wer kann vermitteln?** Beispielsweise können China und Brasilien vermitteln, Pläne liegen vor. Auch der Vatikan möchte vermitteln. Die Vereinten Nationen haben ein friedensstiftendes Konzept der gemeinsamen und friedlichen Sicherheit: Vorbeugende Diplomatie & Mediation, Friedenssicherung und -konsolidierung, Terrorbekämpfung und Abrüstung.

Sanktionen Verhältnismäßigkeitserwägungen und Menschenrechte / Für zielgerichtete Sanktionen – aus der Ukraine-Erklärung der DFG-VK Bayern

•Für zielgerichtete Sanktionen Wir setzen uns für zielgerichtete Sanktionen ein, die die Fähigkeit der Kriegsparteien zur Kriegsführung unmittelbar beeinträchtigen, aber keine unverhältnismäßigen oder unabsehbaren Kollateralschäden aufseiten der Zivilbevölkerung verursachen. Die vom Westen verhängten Sanktionen haben keine Auswirkungen auf die Fähigkeit zur Kriegsführung der russischen Armee. Sie werden aber die russische Wirtschaft massiv schädigen und die Masse der Bevölkerung in Russland, die die Kriegspolitik von Präsident Putin nicht verhindern kann, in Armut stürzen. Wir wenden uns gegen Sanktionen, die die deutsche Wirtschaft schädigen, den Staatshaushalt zerrütten und die Inflation antreiben, und deren Kosten von der Bevölkerung in Deutschland zu schultern sind, egal ob sie mit der verfehlten deutschen Sicherheitspolitik einverstanden sind oder nicht. Wir wenden uns gegen ein Öl- und Gas- Embargo, das in der Konsequenz die ökologischen Kosten unserer Energieversorgung erhöht (Fracking, Verflüssigung von Gas, Transport über die Ozeane), und von dem nur eine Handvoll multinationaler Energiekonzerne sowie die Oligarchen in den USA, Katar, usw. profitieren.

Anmerkung: Die Wirtschaftssanktionen werden im UN-Menschenrechtsrat von vielen Ländern nicht gestützt.

Zur Erinnerung: der Irakkrieg, 2003, der völkerrechtswidriger Angriffskrieg war für die USA und Frankreich ein Präventivkrieg, ein Verteidigungskrieg. Es gab keine Sanktionen gegenüber USA und Frankreich.

„**Kulturelle, wissenschaftliche Ausgrenzung**“ und Gesinnungsüberprüfung sind abzulehnen, weil sie auch unschuldige Menschen diskriminieren, Feindbilder erzeugen und letztendlich Mittel der Propaganda sind.

In einer multipolaren Weltwirtschaftsordnung mit einem weltweit rasant ansteigendem Militäretat zur militärischen Sicherung von Handelswegen, Märkten und Ressourcen, ist zukünftig Diplomatie und Abrüstung ebenfalls oberstes Gebot. Derzeitig stattfindende Feindbilderklärungen und einseitiges Vertreten von Wertevorstellungen verstärken Konflikte. Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), federführend China, und ihre alten und neuen Verbündeten folgen zudem nicht mehr dem US-Hegemonialanspruch und der transatlantischen Partner.

Richard Ströbel, DFG-VK Würzburg, liest einen aktuellen Text vor von Yurii Sheliazhenko „Nicht schießen!“ -

Brief eines ukrainischen Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen

Von Lorenzo Poli Quelle: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014659.html>

Er ist ein Ukrainer, über den nicht viel gesprochen wird und über den die westlichen MainstreamMedien nicht gerne sprechen. Es handelt sich um Yurii Sheliazhenko, einen Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, einen Vertreter des EBCO (Europäisches Büro für Kriegsdienstverweigerung) und der War Resisters' International sowie ein Vorstandsmitglied des internationalen pazifistischen Netzwerks World Beyond War. Er ist Ukrainer, lebt in der Ukraine und ist Exekutivsekretär der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung. Er ist ein überzeugter gewaltfreier Pazifist, der den Einsatz von Waffen und Krieg als Mittel zur Konfliktlösung ablehnt. Wegen seiner Positionen wurde er wiederholt verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt, weil er Kriegsdienstverweigerer und "Deserteur" ist. Am 25. Februar 2023 wurde sein Brief während einer Veranstaltung der "Lodi 5 November Friedenskoordination" vor der Präfektur in Lodi öffentlich verlesen.

"Liebe Freunde, ich überbringe Ihnen Grüße aus Kiew, der Hauptstadt der Ukraine, und danke euch, dass ihr euch gegen diesen Krieg, der das Blutvergießen fortsetzt, auf die Straße gegangen seid. Vor ein paar Tagen ist ein Jahr des Krieges zu Ende gegangen. Ein Jahr, in dem meine Stadt, meine schöne Stadt Kiew, mehrmals bombardiert wurde: Mein Haus wurde von den nahegelegenen Explosionen erschüttert. Ein schreckliches Gefühl. Jetzt weiß ich, was die Menschen in Donezk und Luhansk in den letzten Jahren durchgemacht haben: Die ukrainische Armee hat ihre Städte seit 2014 unter Beschuss genommen. Und nicht nur das: Die Zwangsmobilisierung - dieser eiserne Vorhang, der mich daran hindert, an Ihrer Demonstration teilzunehmen, da alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren das Land nicht verlassen können, weil sie gezwungen sind, am Krieg teilzunehmen - und ähnliche Einschränkungen der individuellen Freiheiten erleben die Menschen in der Ostukraine schon seit gut neun Jahren. Ich denke, Menschen, die es gewohnt sind, in demokratischen Ländern zu leben, können sich gar nicht vorstellen, wie es ist, unter diesen schrecklichen Bedingungen zu leben; aber heute erleben wir diesen Krieg, angeheizt von unseren kriegstreiberischen Politikern, die von Politikern in westlichen Ländern unterstützt werden, so wie die kriegstreiberischen russischen Politiker von Politikern in anderen Ländern unterstützt werden. Das ist einfach falsch. Wir sollten den Krieg jetzt beenden. Wir sollten uns für den Frieden einsetzen und verstehen, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, und gemeinsam handeln, um die Wurzeln zu beseitigen, die zu Kriegen führen. Dies erfordert die Umsetzung des Rechts auf Verweigerung des Tötens und der Wehrpflicht, wie es in Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte garantiert ist; außerdem ist es notwendig, einen sofortigen Waffenstillstand und anschließende Friedensverhandlungen zu fordern. Wir müssen eine Kultur des Friedens kultivieren, durch Friedensjournalismus, Bildung, Kunst und kreative Arbeit, die unsere Zukunft besser macht. Denn es geht nicht um etwas so Archaisches wie die staatliche Souveränität, sondern um das, was die menschliche Zivilisation ausmacht: unsere Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen, die Fähigkeit, die Menschenwürde zu bewahren; [die Fähigkeit], friedliche Menschen zu sein und keine wilden Bestien. Wir müssen Versöhnung anstreben, nicht den totalen Sieg, nicht die Vernichtung des Feindes - dieser Begriff des Feindes ist ein falscher Begriff, der geschaffen wurde, um die Realität zu verzerren und [einen] Sündenbock zu schaffen. Wir müssen den Frieden suchen, den Frieden aufbauen. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement im Namen aller vernünftigen Ukrainer. Ich liebe euch, ich unterstütze euch: die gesamte ukrainische Friedensbewegung unterstützt euch. Grüße nach Italien: Ich wünsche euch Frieden und Glück."

[Redebeitrag Eva Peterle , Florakreis](#)

Weitere Redebeiträge sind demnächst zu finden unter

www.oekopax.de oder <https://wuerzburg.dfg-vk.de> oder

„So geht Frieden – Diplomatie statt Waffen“

Auch 2023 stand der Würzburger Ostermarsch ganz im Zeichen des Krieges in der Ukraine – Rund 250 Menschen

Von PATRICK WÖTZEL

WÜRZBURG Gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine und für eine Beendigung des russischen Angriffskriegs am Verhandlungstisch: Unter dem Motto „So geht Frieden – Diplomatie statt Waffen“ haben am Karsamstag rund 250 Menschen am 40. Würzburger Ostermarsch teilgenommen.

Dazu aufgerufen hatte ein Bündnis der Organisationen Ökopax, Pax Christi, Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK), attac Würzburg, Florakreis Würzburg und Deutscher Gewerkschaftsbund.

Ökopax-Sprecherin: Sieg der Ukraine „unrealistisch“

Noch deutlicher als im vergangenen Jahr betonte Moderatorin Renate Vieth-Laßmann (Ökopax) zu Beginn vor dem Hauptbahnhof, dass es sich beim Angriff Russlands auf die Ukraine um einen völkerrechtswidrigen Krieg handele, „der durch nichts zu rechtfertigen ist“. Die Ukraine habe „definitiv das Recht, sich zu verteidigen. (...) Jetzt ist allerdings ein Punkt erreicht, an dem wir uns fragen müssen, welches Ziel damit erreicht werden soll.“ Ein Sieg der Ukraine erscheine unrealistisch,



Gut 250 Menschen liefen am Karsamstag beim Ostermarsch durch die Würzburger Innenstadt. Das Motto: „So geht Frieden – Diplomatie statt Waffen“.

FOTOS: PATTY VARASANO

so die Ökopax-Sprecherin weiter. Dagegen sei die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der Osten des Landes „durch einen lang andauernden Stellungskrieg komplett unbewohnbar wird. (...) Die Traumata des Krieges werden noch Jahrzehnte nachwirken.“

Logos oder Fahnen von Parteien sowie nationale Symbole und Flaggen waren beim Ostermarsch unerwünscht. Das bekam am Haupt-

bahnhof Wigbert Baumann zu spüren: Das ehemalige Mitglied der Würzburger Linken trug mittendrin eine ukrainische Fahne und forderte auf einem Schild „Solidarität mit der Ukraine“. Auf Wunsch der Veranstalter wurde er von der Polizei aufgefordert, sich an den Rand der Versammlung zu begeben, auch seine Personalien wurden aufgenommen.

„Wir haben uns dafür entschieden, keine Parteizeichen und auch

keine Länderflaggen zuzulassen“, erläuterte Vieth-Laßmann, nachdem der Ostermarsch eine gute halbe Stunde später zur Abschlusskundgebung am Unteren Markt angekommen war.

Außerdem sollte nur der offizielle Flyer mit den Positionen des Bündnisses verteilt werden: „Wir wollten den breiten Diskurs hier auf der Bühne und nicht auf irgendwelchen Nebenschauplätzen.“ Auf dem Flyer



Am Rand wegen Ukraine-Fahne: Ex-Linken-Mitglied Wigbert Baumann.

distanzierten sich die Veranstalter explizit von „Gruppen mit rechten und nationalistischen Positionen“. Auch in diesem Jahr waren es überwiegend ältere Menschen, die am Ostermarsch teilnahmen. Mit Leonie Keupp als Vertreterin von Greenpeace und der Bewegung „Letzte Generation“ trat eine der Jüngsten bei der Abschlusskundgebung ans Mikrofon und erinnerte unter anderem daran, dass derzeit in 30 Ländern

weltweit bewaffnete Konflikte ausgetragen werden. Finanzielle Mittel wie das im vergangenen Jahr beschlossene 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen für die Bundeswehr sollten lieber dazu verwendet werden, „die Welt wirklich besser und sicherer zu machen“, betonte Keupp und forderte Investitionen in Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Bildung und Menschenrechte.

Aufruf: Unverzüglich den Weg zu Verhandlungen bereiten

Was nach Ansicht der Ostermarschierer im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine konkret passieren soll, fasste Jürgen Herberich vom Würzburger Diözesanvorstand der katholischen Menschenrechts- und Friedensbewegung Pax Christi zusammen.

Pax Christi rufe die internationale Gemeinschaft dazu auf, „sofort diplomatische Initiativen zur Wiederherstellung einer friedlichen Ordnung und der territorialen Integrität aller Länder zu schaffen“. Es sei Aufgabe der Diplomatie, unverzüglich den Weg zu Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland „auf neutralem Boden und mit einem für beide Seiten akzeptablen Vermittler“ zu bereiten.

Main-Post, 11.04.2023